

BFM-Direktor Gattiker wird Staatssekretär

BERN. Das Bundesamt für Migration (BFM) wird ein Staatssekretariat, der heutige BFM-Direktor Mario Gattiker Staatssekretär. Dies hat der Bundesrat gestern beschlossen. Die Neuerung trage der wachsenden Bedeutung des BFM Rechnung, schreibt der Bundesrat.

Das Thema Migration habe in den letzten Jahren sowohl innen- als auch aussenpolitisch an Bedeutung gewonnen, heisst es in einer Mitteilung. Das BFM sei federführend zuständig für die internationalen Verhandlungen zur Migration und auch zur Personenfreizügigkeit. Es handle im Auftrag des Bundesrats völkerrechtliche Verträge aus. Als Staatssekretär könne Mario Gattiker Vertretern anderer Länder auf derselben Stufe begegnen und die schweizerische Position besser vertreten, schreibt der Bundesrat.

Gattiker wird ab dem 1. Januar 2015 als Staatssekretär amten. Laut Mitteilung wird er keine weiter gehenden Befugnisse als seine Amtskolleginnen und -kollegen im Justiz- und Polizeidepartement sowie in anderen Departementen erhalten. Organisation und Struktur des heutigen Bundesamts bleiben unverändert, ebenso die Funktionen der übrigen BFM-Mitarbeitenden. Auch im Verhältnis zu den Kantonen wird die Einsetzung des Staatssekretärs keine Veränderung bewirken. (sda)



Bild: ky

Mario Gattiker
Direktor Bundesamt für Migration (BFM)

Astra erhält neuen Chef

BERN. Der neue Direktor des Bundesamts für Strassen (Astra) heisst Jürg Röthlisberger. Der Bundesrat hat den 50-jährigen Ingenieur gestern ernannt. Röthlisberger wird als Nachfolger von Rudolf Dieterle seine neue Funktion am 1. März nächsten Jahres antreten, wie das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) mitteilte. Jürg Röthlisberger liess sich nach einer Lehre als Tiefbauzeichner zum Bauingenieur HTL und ETH ausbilden. (sda)



Bild: ky/Gaëtan Bally

Der Bund braucht für den Unterhalt und Ausbau der Strasse mehr Geld.

Leuthard verärgert Osten

Bundesrätin Doris Leuthard will das Benzin für den Ausbau der Strassen verteuern. Politiker kritisieren, die Ostschweiz werde dabei gegenüber Zürich und der Romandie vernachlässigt.

TOBIAS GAFAFER

BERN. Doris Leuthard kommt der Strassenlobby entgegen. Der Benzinpreis soll weniger stark als im Februar angekündigt erhöht werden. In einem ersten Schritt will ihn die Verkehrsministerin um fünf bis sieben Rappen pro Liter anheben. «Wir wollen kein Geld auf Vorrat beschaffen», sagte sie gestern vor den Medien. Je nach Bedarf und Teuerung könne der Benzinpreis aber weiter steigen. Im Gegenzug will Leuthard neu die gesamten Einnahmen aus der Automobilsteuer für die Strasse verwenden. Die zusätzlichen Mittel sollen neben bisherigen Abgaben wie der Vignette an den neuen, unbefristeten Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-fonds (NAF) fliessen. Dieser ist das Pendant zum neuen Fonds für die Schiene. Unterhalt und Ausbau der Strasse sollen ebenso aus einem Topf finanziert werden.

Mehr Geld braucht es, weil das Autobahn-Netz in die Jahre gekommen ist und der Verkehr laufend zunimmt. Bis Anfang 2015 will Leuthard die Botschaft zum NAF ans Parlament verabschieden. Damit sollen auch Projekte des Agglomerationsverkehrs

wie Tramlinien finanziert werden. Alle vier Jahre soll der Bundesrat dem Parlament ein Strassen-Ausbaupaket vorlegen. Das erste Paket bis 2030 umfasst Projekte für 6,6 Milliarden.

Eberle: «Ein mieses Stück»

Überraschend berücksichtigte der Bundesrat in diesem Rahmen gestern auch die Umfahrung Morges und die Glatttal-Autobahn. Es geht um Planungsarbeiten. Zur Erinnerung: Nach dem Nein zur teureren Vignette 2013 hatte Leuthards Strassenamt betont, die Projekte seien nun blockiert. Dies, weil die Arbeiten mit dem sogenannten

Netzbeschluss, der Übernahme von 400 Kilometern kantonaler Strassen durch den Bund, verknüpft seien. Laut Leuthard ist dieser Schritt mit dem Nein zur Vignette hinfällig geworden.

Die Nachricht aus Bern macht Ostschweizer Politiker hellhörig. Ständerat Roland Eberle (SVP/TG) und Nationalrat Andrea Caroni (FDP/AR) kämpfen im Bundeshaus mit Vorstössen dafür, dass der Bund die kantonalen Strassen trotz des Vignetten-Neins übernimmt. In der Ostschweiz geht es um den Bau der Bodensee-Thurtal-Strasse (BTS) und des Zubringers Appenzell mit der Umfahrung Herisau.

Eberle spricht auf Anfrage von einem «mieses Stück». «Wer anständig bleibt, geht leer aus.» Es erstaune ihn nicht, dass der Bund die Ostschweiz auslasse. «Der Druck aus der Westschweiz und Zürich war grösser.»

Westschweiz drohte Leuthard

Tatsächlich lobbyierte die Westschweiz stark: Politiker drohten dem Tessin und Leuthard per Brief, sie würden am kommenden Mittwoch die zweite Gotthardröhre im Nationalrat ablehnen, falls Morges nicht berücksichtigt werde. Rudolf Dieterle, Direktor des Bundesamts für Strassen (Astra), verteidigt auf Anfrage diesen Schritt. «Die bestehenden Netze im Raum Zürich und Morges funktionieren schlecht.» Dafür sei der Bund zuständig. Für Strassenprojekte wie die BTS seien dagegen die Kantone verantwortlich.

Doch das letzte Wort ist noch nicht gesprochen: Die Verkehrskommission des Ständerats soll Eberles Vorstoss bald behandeln. Mit seiner Forderung ist er nicht alleine: Auch die kantonalen Baudirektoren setzen sich dafür ein, dass der Bund die 400 Kilometer kantonale Strassen im Rahmen des NAF übernimmt.

Strassenlobby protestiert

BERN. Parteien und Verbände hatten die Pläne für die Strasse von Doris Leuthard in der Vernehmlassung scharf kritisiert. Der Widerstand bleibt stark, obwohl Leuthard gestern zurückkrebste. Der Bundesrat kuschte vor der Autolobby, finden die Grünen. «Anstatt die Verlagerung zu verstärken, werden Luxusstrassen gebaut.» Autofahrer würden weiter abgezockt, mo-

nierte dagegen die SVP. Nur CVP und BDP sind mit Leuthard grundsätzlich einverstanden. Für die Strassenlobby zahlt die Strasse bereits genug. Auch die Autoimporteure kritisieren die Vorlage trotz guter Ansätze. Ihre «Milchkuh-Initiative» sei nötiger denn je. Diese verlangt, dass Einnahmen aus dem Strassenverkehr konsequent in die Strasse investiert werden. (sda/tga)

KUNTERBUND

Am Ostschweizer Abend im Bundeshaus war auch alt Nationalrat **Arthur Löpfe** (CVP/AI) zu Gast. Er belehrte zwei jüngere Frauen über den vernünftigen Umgang mit dem Appenzeller Alpenbitter. Ob Löpfe in seiner Jugend schlechte Erfahrungen mit dem Likör gemacht hat? (tga)

Bundespräsident **Didier Burkhalter** hat diese Woche den luxemburgischen Premierminister **Xavier Bettel** empfangen. Im Vordergrund standen die bilateralen Beziehungen, die Beziehungen der Schweiz zur EU und die Migrationspolitik. Das Treffen verlief äusserst manierlich; weder Burkhalter noch Bettel hatten Anlass, Besagten hinzuschmeissen. (cla.)

Die Befürworter der Einheitskasse kritisieren die lästige Telefonwerbung der Krankenkassen. Für sie selber gelten offenkundig andere Massstäbe: Einwohnern der Stadt Bern flatterte ein von Ex-Arztpräsident **Jacques de Haller** signiertes Abstimmungsflugblatt ins Haus – auch in Briefkästen mit dem Signet «bitte keine Werbung». (tga)

Hat da jemand behauptet, die **SVP Schweiz** sage immer zu allem nur nein? Grundfalsch. Die Teilrevision des Bundesgesetzes über die Meteorologie und Klimatologie etwa wird ohne Abstriche unterstützt. Schon klar: Mit den Wettermachern will es sich auch die stärkste Partei der Schweiz nicht verscherzen. (ck)

Regierungsrat Hainard schuldig gesprochen

NEUCHÂTEAU. Der frühere FDP-Regierungsrat Frédéric Hainard hat sein Amt missbraucht und sich in Wildwest-Manier an Polizeieinvernahmen und Hausdurchsuchungen beteiligt. Ein Neuenburger Gericht hat ihn nun zu einer bedingten Geldstrafe verurteilt. (sda)

Wieder Tierversuche mit Affen durchführen

ZÜRICH. Das Institut für Neuroinformatik von Uni und ETH Zürich will wieder Versuche mit Affen durchführen. Es hat beim Veterinäramt ein auf drei Jahre angelegtes Gesuch eingereicht. Geplant sind Versuche mit zwei bis drei Affen, um Gehirnprozesse zu erforschen. (sda)

Anzeige

Schluss mit der Mehrwertsteuer-Diskriminierung!

Mit einem JA zur Volksinitiative sorgen Sie dafür, dass

- ✓ im Gastgewerbe nicht länger ein dreimal so hoher Mehrwertsteuersatz (8%) für Lebensmittel bezahlt werden muss wie in Take-Away-Betrieben (2,5%),
- ✓ Lebensmittel wie Brot und Butter nicht teurer werden,
- ✓ Sie und die täglich **2,5 Millionen Gäste**, die sich im Gastgewerbe verpflegen, nicht mehr länger einen höheren Mehrwertsteuersatz bezahlen müssen.



Am 28. September:

Bratwurst-Diskriminierung stoppen! JA

zur Volksinitiative «Schluss mit der Mehrwertsteuer-Diskriminierung des Gastgewerbes!»

Mehr Infos unter www.schluss-mwst-diskriminierung.ch